



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/144 - 26.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Regierung und Opposition	S. 1
Schumans Stellung erschüttert	S. 3
Des Kanzlers Antwort: Panzeraufmarsch	S. 5

Törichte Spekulationen

(sp) Während man auf der Seite der Regierungsparteien und ihrer Gefolgsleute versucht, mit Diffamierungen der SPD zu operieren, fehlt es auf der gleichen Seite nicht an Spekulationen über eine mögliche Revision der sozialdemokratischen Opposition zu den Verträgen. Selbst von einer möglichen Regierungsbeteiligung der SPD für den Fall, daß dem Bundeskanzler die Durchsetzung seiner Verträge nicht gelingt und bis zu den Neuwahlen ein neuer Ausgangspunkt geschaffen werden soll, wird vorsichtig gesprochen. Die eine und die andere Haltung zeigen vor allem, daß es in den Regierungsparteien noch immer nicht genug Leute gibt, die verstehen wollen und können, worum es der SPD geht. Wie auch die Dinge im Bundestag und im Bundesrat laufen werden und wie auch das Urteil des Verfassungsgerichts über die Feststellungsklage ausfallen wird, es ist überhaupt nicht daran zu denken, daß die SPD vor Neuwahlen eine Beteiligung an der Regierung auch nur erwägen kann.

Was nach diesen Wahlen, wann immer sie im Laufe der kommenden zwölf Monate sein werden, geschehen wird, ist heute mit Sicherheit nicht vorauszusagen. Bestimmt wird es kein Kabinett geben, in dem die SPD zusammen mit der Deutschen Partei steht. Für die seit 1949 getriebene Regierungspolitik trägt auf allen Gebieten das Kabinett Adenauer die Verantwortung und hat sich so lange auch den Konsequenzen zu stellen, bis das Volk die Parteien

mit der Regierungsbildung neu beauftragt hat, bei denen es seine Interessen am besten vertreten weiß. Bevor nicht ein neuer Bundestag gewählt worden ist, gibt es im gemeinsamen Fragen der Regierungsverantwortung auch zwischen SPD und CDU keinen Kompromiß. Wer etwas anderes vermutet, ist ein Narr.

Auch in der Frage der deutsch-alliierten Verträge besteht ein grundlegender Meinungs- und Willensunterschied zwischen der Koalition und der Opposition. Was von der Regierung als Wiedererlangung der deutschen Gleichberechtigung und als "Sicherung der Freiheit" verstanden wird, ist für die Politik der SPD nur eine Berichtigung des Besatzungsstatuts und eine Bestätigung der Handlungsfreiheit der Hochkommissare, die künftig nur dem Namen nach Botschafter sein sollen.

Es ist darum auch töricht, den Eindruck erwecken zu wollen, daß die SPD ihre Einstellung zu den Verträgen ändern würde, falls es vor ihrer Ratifizierung, Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres, zu keiner Vier-Mächte-Einigung über die deutsche Einheit kommen sollte. Abgesehen davon, daß sich die SPD der Aufgabe stellen würde, die Gründe einer solchen Entwicklung sehr genau zu untersuchen, ist die Wirkung der Verträge auf die gesamtdeutsche Aufgabe doch nur ein Punkt in der Begründung des sozialdemokratischen Neins zu Dr. Adenauers Vertragswerk. Es mag einigen Leuten, die sich schon auf die Rundfunkübertragung der Vertragsdebatte präparieren, nahe liegen, die Haltung der SPD falsch darzustellen oder ihre einzelnen Gründe zu ignorieren, aber diese alten Mätzchen ändern doch nichts an der sozialdemokratischen Haltung. Nachdem ein einziger Mann die Außenpolitik der Bundesrepublik allein und bis zu den für die SPD unannehmbaren und nun dem Bundestag vorliegenden Ergebnissen geführt hat, sollten weder die aufrichtig Hoffenden, noch die gefährlich zerstörenden Spekulanten die Politik der SPD verfälschen. Nach der auch in ihren Methoden von Dr. Adenauer bestimmten Politik gibt es in der Legislaturperiode des ersten Deutschen Bundestages selbst in der Außenpolitik keine Gemeinsamkeit mehr zwischen dem Kabinett der Bonner Verträge und der Opposition. Genau so eindeutig ist es unmöglich, durch die überfällige Erfüllung sozialdemokratischer Forderungen nach mehr Aktivität für die Ausnutzung aller Chancen einer Wiedervereinigung, eine Revision der sozialdemokratischen Vorstellungen von den mit anderen Mächten möglichen Verträge zu erhandeln. Darüber, was Deutschland an Rechten braucht, an Lasten tragen kann und an Pflichten übernehmen muß, um als Demokratie leben zu können, ist zwischen dem Kanzler und der Opposition eine Kluft entstanden, die in diesem Bundestag nicht mehr überbrückt werden kann.

Frankreich will verhandeln

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

In den letzten Tagen hat sich der Ansturm gegen Schuman und die von ihm vertretene Politik beträchtlich verstärkt. Der Außenminister hat mehrere empfindliche Niederlagen erlitten, die das endliche Fiasko nur zu deutlich ankündigen. Der Senat hat ihm am Schluß seiner Debatte über die Europaarmee sein Mißtrauensvotum ausgesprochen, indem er die Wiederaufnahme von Verhandlungen über die amerikanisch-englische Garantie verlangte. Bemerkenswert ist, daß diese kritische Entschließung selbst nur mit einer schwachen Mehrheit angenommen wurde (137 gegen 121 Stimmen).

Die Minderheit verwarf rundweg die von der Regierung unterzeichneten Verträge. Besonders wichtig aber ist, daß diese Minderheit nicht nur wie bisher von den Gaullisten und Kommunisten gebildet wurde, sondern auch von den Unabhängigen, der Partei des Ministerpräsidenten Pinay. Der überraschend gekommene französische Vorschlag zu Vierer-Verhandlungen ist ohne diese neue politische Entwicklung nicht zu verstehen. Noch deutlicher war die Niederlage Schumans vor der Kammer. Wenn auch der gaullistische Mißtrauensantrag gegen ihn abgelehnt wurde, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß sich nur 44 Prozent der Versammlung für ihn aussprachen.

Das hatte unmittelbar zur Folge, daß die Tunesienpolitik der Regierung verworfen wurde. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kammer mit dieser Abstimmung der gesamten Außenpolitik Schumans das Vertrauen versagte. Wie seltsam es auch klingen mag, die unaufhörliche Schwächung der Stellung Schumans ist nicht zuletzt auf die Krise des Gaullismus zurückzuführen. Die Kluft innerhalb desselben hat sich vertieft. De Gaulle hat seine Opposition, die immer mehr zu Pinays konservativer Politik neigt, unzweideutig vor die Alternative der Wahl zwischen ihm und der Regierung gestellt. Das hat dazu geführt, daß die Kontakte zwischen der gaullistischen Opposition und dem Ministerpräsidenten noch enger geworden sind. Wenn diese Gruppe jedoch das innenpolitische Programm Pinays teilt, so hat sie doch den außenpolitischen Konzeptionen de Gaulles die Treue bewahrt,

d.h. sie ist gegen die Europaarmee.

In eine ähnliche Richtung weisen noch andere Faktoren. Es ist kein Zufall, wenn die Offensive gegen Schuman sich zuerst Tunesien als Schießscheibe gewählt hat. In der Parlamentsdebatte liefen Unabhängige und Gaullisten nicht nur gegen den Außenminister Sturm, sondern ebenso sehr gegen die amerikanische Politik. An die Adresse der USA wurden heftige Worte gerichtet. Es wurde ihnen die Einmischung in innere Verhältnisse vorgeworfen. Der Ministerpräsident selbst übernahm diese Kritiken, indem er "diejenigen, die Frankreich schulmeistern wollen, an die Lehren der französischen Politik" erinnerte. In Nordafrika haben wir es zweifellos mit einer Verstärkung der französischen Frontstellung gegenüber den USA zu tun. Wenn die Gaullisten hierbei auch als führende Vorhut auftreten, so werden sie von den Unabhängigen und einem großen Teil der Radikalen gefolgt.

Die Kritiken an der amerikanischen Politik, der man Zugeständnisse an die Nationalbewegungen vorwirft, werden von allen Parteien unterstützt, die über wesentliche Besitzinteressen in den Kolonien verfügen. In einer natürlichen Bewegung verlängert sich aber diese Frontstellung gegenüber den USA auch auf anderen Gebieten. Wie stark diese Bewegung ist, ist daraus ersichtlich, daß selbst die Gaullisten, die sich bisher auf eine Politik der militärischen Einschüchterung der UdSSR beschränkten, sich plötzlich ebenfalls für Vierer-Verhandlungen aussprachen. Und wie sehr ihr selbst Schuman Rechnung tragen muß, geht daraus hervor, daß er die Durchsetzung des Europaheeres nicht als eine Bedingung für das Gelingen eines Kompromisses mit Rußland betrachtet, sondern nur als ein "Pfand", das man unter Umständen fallen lassen kann.

+ + +

Als KP-Agent erkannt

(sp) Der Vorstand der SPD hat beim Landgericht Braunschweig Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen Hugo Rübesamen, Goslar, gestellt, dem am 19. Juni 1952 stattgegeben wurde. Danach ist Rübesamen untersagt, sich als sozialdemokratisches Kreisvorstandsmitglied auszugeben und weiterhin den Eindruck zu erwecken, als handle es sich bei ihm um ein Mitglied der SPD.

Rübesamen ist bereits zu Beginn des Jahres 1951 aus der SPD wegen prokommunistischer Betätigung ausgeschlossen worden. Er zeichnet verantwortlich für die Herausgabe einer Broschüre mit dem Titel "Sozialdemokraten berichten... die Wahrheit über die DDR", die von der kommunistischen Tarnorganisation "Sozialistische Aktion" vertrieben wird.

+ + +

Des Kanzlers Antwort: Panzeraufmarsch

(sp) Das ist also die Antwort des Kanzlers auf die sowjetzonalen Provokationen: Westallierter Panzeraufmarsch an der Zonengrenze. Wir wissen zur Stunde nicht, ob die Amerikaner diesem Ersuchen entsprechen werden. Aber wie dem auch sei, die Besetzung der Zonengrenze durch alliierte Sicherheitstruppen wird sicherlich nicht zur Befriedung an der Zonengrenze beitragen. Ein neues Element von Unruhe und Unsicherheit wird in die Bevölkerung hineingetragen.

Panzer bieten keine Lösung für das, was die geflüchteten Opfer des Stalinschen Terrors jetzt an praktischer Hilfe benötigen.

Die Besetzung der Zonengrenze durch alliierte Truppen beschwört die Gefahr unübersehbarer und nicht mehr zu kontrollierender Zwischenfälle herauf. Sie ist kein Mittel, die gespannte Lage im Zonengebiet zu normalisieren und die Schwierigkeiten zu beheben. Der kommunistischen Propaganda liefert sie einen neuen willkommenen Vorwand zu verschärften Gegenmaßnahmen. Am Ende steht dann die völlige Absperrung der Grenzen. Es kann nicht Aufgabe und Ziel der deutschen Politik sein, durch eigene Schritte oder durch Bittgesuche an die Westalliierten diesen unheilvollen Prozeß zu beschleunigen.

Das Bittgesuch an die USA-Hochkommission erhellt aufschlußreich die Gedankengänge, in denen sich der deutsche Bundeskanzler heute bewegt. Er glaubt, mit Panzern dem sowjetzonalen Terror, der sich an einer unschuldigen Bevölkerung auswirkt, begegnen zu können. Eine gefährliche Schlußfolgerung, weil sie einen Wettlauf ohne Ende auslöst.

In der Frage der Vierer-Konferenz bekundet der Bundeskanzler weniger Eile. Noch immer fehlt die Aufforderung der Bundesregierung an die Westalliierten, die Möglichkeiten einer Verständigung mit der Sowjetunion in der Deutschlandfrage zu prüfen. Hier wäre die Eile angebracht, die der Bundeskanzler mit seinem Hilfesuch an die Amerikaner gezeigt hat und die er in Fragen der deutschen Einheit vermissen läßt.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler